



www.laender-analysen.de/ukraine

STEUERPOLITIK

■ ANALYSE		
Die Steuerpolitik der Ukraine nach dem Maidan		2
Von Serhij Werlanow (Kyjiw)		
■ STATISTIK		
Kennzahlen zur Steuerpolitik		7
■ RANKING		
Ukraine im Doing Business / Paying Taxes Ranking		10
■ STATISTIK		
Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Stand: 12. März 2021)		11
■ CHRONIK		
Covid-19-Chronik, 22. Februar – 09. März 2021		15
■ CHRONIK		
22. Februar – 09. März 2021		16

Die Steuerpolitik der Ukraine nach dem Maidan

Von Serhij Werlanow (Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.248.01

Zusammenfassung

Der Artikel befasst sich mit den wichtigsten Schritten auf dem Weg zur Reform des Steuersystems in der Ukraine seit der Revolution der Würde 2014. Der Autor analysiert die Auswirkungen der Reformen auf die zentralen Indikatoren der Steuerpolitik und macht Vorschläge für die zukünftige Ausrichtung der Steuerreform.

Voraussetzungen für die Steuerreform und zentrale Indikatoren zur Messung ihrer Wirksamkeit

Die ukrainische Steuerpolitik hat einige Entwicklungsstadien durchlaufen auf dem Weg von einer Planwirtschaft, die durch staatliche Vorgaben gesteuert wurde, zu einer Marktwirtschaft, in der die Fiskalpolitik bei der Regulierung eine wichtige Rolle spielt.

Jeder Abschnitt dieser Entwicklung wurde begleitet von der Verabschiedung einer Reihe von Rechtsakten, die die Grundregeln der Besteuerung festlegten und die mittelfristigen strategischen Entwicklungsziele des ukrainischen Steuersystems vorgaben. Leider wurde ein wesentlicher Teil davon aufgrund des grundlegenden politischen Wandels im Land nicht umgesetzt. Darüber hinaus entsprechen viele Vorgaben des Steuerrechts nicht der allgemeinen Entwicklungsstrategie der Ukraine.

Die Revolution der Würde hat 2014 das gesellschaftspolitische Leben der Ukraine verändert. In diesem Zusammenhang wurde die jüngste Phase der Reform des ukrainischen Steuersystems eingeleitet. Seither wurde die Steuergesetzgebung der Ukraine jährlich aktualisiert. Dabei waren nicht alle Änderungen erfolgreich.

Es ist allgemein bekannt, dass Steuerhinterziehung, Korruption und informelle Beschäftigung zu den Hauptproblemen des Steuersystems in der Ukraine gehören. Daher war die Lösung dieser Probleme eines der Hauptziele der Reformen. Die Wirksamkeit der Reformen spiegelt sich in Änderungen der relevanten Indikatoren wider, zu denen Verbesserungen oder Verschlechterungen der Steuerverwaltung, eine Erhöhung oder Verringerung der Steuerbelastung sowie eine Erhöhung oder Verringerung der Steuereinnahmen für den konsolidierten Staatshaushalt gehören.

Eine gängige Methode zur Messung der Qualität des Steuersystems stammt von der Weltbank. In Zusammenarbeit mit der internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC wurde das internationale Ranking »Paying Taxes« entwickelt. Dieses Ranking ist ein

Indikator der Investitionsattraktivität eines Landes und gehört zum globalen »Doing Business«-Ranking der Weltbank, das einen starken Einfluss auf internationale Investitionsentscheidungen besitzt. Nach dem Maidan konnte die Ukraine ihren Platz im »Doing Business«-Ranking vom Position 83 auf aktuell Platz 64 verbessern.

Reduzierung von Steuern und Gebühren

Die Steuerreformen senkten die Zahl der Steuern und Gebühren von 22 auf nur noch 11 im Jahr 2015. Diese Vereinfachung verbesserte die Qualität der Arbeit der Steuerverwaltung. Jedoch wurden dabei einige Steuern und Gebühren mit anderen zusammengelegt, so dass sich die Belastung der Steuerzahler nicht verringerte. Im folgenden werden die wichtigsten Steuern analysiert.

Einheitlicher Sozialbeitrag

Eine signifikante Senkung des Satzes des einheitlichen Sozialbeitrags (ESB) von 41 % auf 22 %, der von den Arbeitgebern gezahlt wird, sowie die gleichzeitige Abschaffung des ESB für Arbeitnehmer erfolgte 2016. Diese Änderung brachte eine erhebliche Steuerentlastung. Dies zeigte sich auch im »Paying Taxes«-Ranking der Weltbank. Im 2018er-Ranking, das auf Grundlage des Steuersystems von 2016 erstellt wurde, stieg die Ukraine um 41 Plätze auf Platz 43.

Die Senkung des Sozialbeitrages verringerte die entsprechenden Einnahmen allerdings signifikant: Im Vergleich zu 2015 gingen die ESB-Beiträge um fast 54 Mrd. UAH oder 29 % zurück. Der Regierung zufolge war dies fast die einzige Möglichkeit, um die Löhne aus der Schattenwirtschaft zu holen. Die umgesetzten Maßnahmen entsprachen jedoch nicht den Erwartungen, da die Steuerbelastung der Löhne bis heute sehr hoch ist. Dabei bleibt das Einkommen eines großen Teils der Bevölkerung kritisch niedrig. Selbst niedrigere Sätze schafften es daher nicht, die Löhne aus der Schattenwirtschaft zu bringen.

Gleichzeitig mit der Senkung des ESB-Satzes erhöhte der Gesetzgeber die maximale Höhe des Beitrags von 17 auf 25 Mindestlöhne. Entsprechend den

Berechnungen der Weltbank führte dies zu einer Erhöhung der Steuerbelastung von 37,8% im Jahr 2016 auf 45,2% im Jahr 2018. Im »Paying Taxes« Ranking verlor die Ukraine aus diesem Grund 22 Plätze und im 2020 veröffentlichten Ranking, das sich auf das Steuersystem von 2018 bezieht, belegte die Ukraine Platz 65. Zum Vergleich: Die Steuerbelastung in Europa und Zentralasien beträgt im Durchschnitt 31,7% und in den OECD-Ländern 39,9%. Somit besteht für die Ukraine ein echter Handlungsspielraum.

Die Mehrwertsteuer

Die Mehrwertsteuer (MwSt.) ist die wichtigste haushaltsbildende Steuer. Im Zeitraum von 2014 bis 2019 lag ihr Anteil an den Steuereinnahmen des Staatshaushalts zwischen 35% und 38%. Die Reform der Steuerverwaltung begann deshalb mit der Mehrwertsteuer, für deren Erhebung in Anlehnung an globale Trends der umfassende Übergang zu elektronischen Mehrwertsteuerdiensten vorgenommen wurde. Ab dem 1. Juli 2015 war das System der elektronischen Steuerverwaltung voll funktionsfähig, und 2017 wurde das System zur Überwachung verdächtiger Rechnungen mit Mehrwertsteuer ausweis (SMOKR) eingeführt, um Mehrwertsteuerhinterziehung zu vermeiden. Im Jahr 2018 führten Probleme bei der Registrierung von Mehrwertsteuerrechnungen zur Aussetzung des SMOKR. Trotzdem ist es ein effektives System der Mehrwertsteuerverwaltung, da es den Steuerbehörden bei der Bekämpfung der Mehrwertsteuerhinterziehung hilft.

Besteuerung juristischer Personen (Körperschaftsteuer)

Nach dem Maidan wurde ein neues Konzept der Umsatzbesteuerung eingeführt. Infolge der entsprechenden Reform von 2015 wurde die Definition des Finanzergebnisses vor Steuern grundlegend verändert, so dass es jetzt nach den Standards der buchhalterischen Rechnungslegung berechnet wurde und um Differenzen bereinigt wurde, die den Steuergegenstand erhöhen oder verringern. Diese Neuerung hat den Verwaltungsaufwand vereinfacht, was sich in einer erheblichen Reduzierung des für die Steuerzahler erforderlichen Zeitaufwandes niederschlägt. Laut »Paying Taxes« Ranking 2017, das die Änderungen im Jahr 2015 berücksichtigt, hat sich die Bearbeitungszeit der Körperschaftsteuer im Vergleich zu 2014 fast halbiert – von 100 auf 57 Stunden.

Als nächstes lag der Schwerpunkt auf der kontinuierlichen Verbesserung der steuerlichen Behandlung der Verrechnungspreise. So wurde 2015 das Prinzip der »ausgestreckten Hand« eingeführt. Der Grundsatz des Prinzips besteht darin, dass die Preise/Bedingungen bei Transaktionen mit verbundenen Geschäftspartnern für steuerliche Zwecke den Preisen/Bedingungen

bei Transaktionen mit nicht verbundenen Parteien (zu marktüblichen Konditionen) entsprechen müssen. Im Jahr 2019 wurden die Befugnisse der Aufsichtsbehörde ausgeweitet, Abgleiche mit Steuerzahlern durchzuführen, die nicht an kontrollierten Transaktionen beteiligt sind, um verlässliche Informationen über Verrechnungspreise zu erhalten. Zu beachten ist die Aktualisierung der steuerlichen Behandlung der Verrechnungspreise und die Einführung eines dreistufigen Berichtssystems für die Verrechnungspreise, das aus einem Bericht über kontrollierte Transaktionen, einer globalen Dokumentation (Master-Datei) und einem Bericht nach Ländern (2020) besteht.

Ein bedeutendes Ereignis in den letzten Jahren ist der Beitritt der Ukraine zum erweiterten Kooperationsprogramm innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Ukraine hat sich verpflichtet, den Mindeststandard des Plans zur Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) umzusetzen, darunter die folgenden vier (von insgesamt 15) Maßnahmen:

- Ausschluss schädlicher Steuerpraktiken oder schädlicher Präferenzregelungen (BEPS-Aktionsplan Punkt 5);
- Verbesserung bestehender Abkommen zur Verhinderung der Doppelbesteuerung durch Aufnahme der vorgeschlagenen Regeln zur Verhinderung des Missbrauchs des Abkommens (BEPS-Aktionsplan Punkt 6);
- Verbesserung der bestehenden nationalen Rechtsvorschriften zur Verrechnungspreisdokumentation und zum künftigen Informationsaustausch (BEPS-Aktionsplan Punkt 13);
- Verbesserung bestehender Abkommen zur Verhinderung der Doppelbesteuerung durch Verbesserung der Wirksamkeit von Streitbeilegungsmechanismen (BEPS-Aktionsplan Punkt 14).

Die Ratifizierung des multilateralen Übereinkommens 2019 über die Umsetzung von Aktionsplanmaßnahmen zu Steuerabkommen, um der Gewinnkürzung und der Gewinnverlagerung entgegenzuwirken, war ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Steueroptimierung. Das Übereinkommen ist ein multilaterales Abkommen, das die gleichzeitige Änderung vieler bilateraler Steuerabkommen ermöglicht, um deren Anwendung unter unangemessenen Umständen zu verhindern.

Das Hauptaugenmerk liegt auf der Einführung der Überprüfung des »Hauptzwecks« als Bedingung für die Bevorzugung gemäß der Konvention. Der reduzierte Steuersatz kann gemäß der Konvention vom Steuerzahler nicht verwendet werden, wenn der Hauptzweck der Gründung einer Organisation / Durchführung einer Tätigkeit darin besteht, Vorteile gemäß der Steuerkon-

vention zu erhalten (falls eine solche Absicht nachgewiesen werden kann). Eine solche Bestimmung könnte denjenigen einen schweren Schlag versetzen, die die Vorteile von Konventionen missbrauchen und sich der Besteuerung entziehen. Darüber hinaus verbessert das Übereinkommen das Verfahren zur gegenseitigen Beilegung von Streitigkeiten durch die Aufsichtsbehörden zweier Länder.

Mit der Ratifizierung des Übereinkommens hat die Ukraine ihre Verpflichtung erfüllt, zwei der vier Mindeststandards des BEPS-Aktionsplans umzusetzen, nämlich die Aktionspunkte 6 und 14. Die Umsetzung des BEPS-Plans wurde 2020 fortgesetzt. Die Überprüfung des Hauptzwecks wurde in das Steuergesetzbuch aufgenommen, was die Effizienz der Steuerregulierung erhöhen wird.

Ab 2022 bekommt die Steuerbehörde das Recht, die Gewinne von »ausländisch kontrollierten Unternehmen« im gleichen Umfang wie seine Nutznießer mit Sitz in der Ukraine (juristische Personen und Privatpersonen) zu besteuern. Das heißt, der Staat wird Steuern auf die Einnahmen derjenigen ausländischen Unternehmen erheben, die geschaffen wurden, um die Steuerbelastung in der Ukraine zu minimieren.

All diese Änderungen zeigen, dass die Ukraine die globalen Entwicklungen bei der Unternehmensbesteuerung unterstützt und transparente Anforderungen für die Regulierung unternehmerischer Tätigkeiten nach internationalen Standards einführt.

Der Erfolg der Körperschaftssteuerreformen schlägt sich auch in den Zahlen nieder. Nach offiziellen Angaben des ukrainischen Finanzministeriums stieg die Höhe der Steuereinnahmen aus der Körperschaftsteuer von 39 Milliarden Hrywnja im Jahr 2015 auf 117 Milliarden Hrywnja im Jahr 2019.

Einkommensteuer für Privatpersonen

Seit 2014 wird nach einem akzeptablen Model der Einkommensbesteuerung von Privatpersonen gesucht. In dieser Zeit wurde eine Militärgebühr in Höhe von 1,5 % eingeführt. Zuerst vorübergehend und später für die Dauer der sog. »Antiterroroperation« in der Ostukraine. Im Jahr 2015 stieg die Einkommensteuer von 17 % auf 20 %. 2016 gab es neue Änderungen bei der Einkommensteuer. Anstelle einer niedrigen progressiven Skala, die 2015 mit zwei Sätzen von 15 % und 20 % ihre Anwendung fand, wurde ein proportionaler Steuersatz von 18 % eingeführt.

Die Einführung eines proportionalen Steuersatzes vereinfacht den Prozess der Steuerverwaltung erheblich. Wissenschaftler argumentieren jedoch, dass der proportionale Steuersatz zur Verschiebung der Steuerbelastung von den Reichen zu den Armen beiträgt. Der soziale Effekt der Steuer ist erheblich, da es zu einer

allmählichen Steuerverschiebung kommt. So erhöht sich die Steuerbelastung für die meisten Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Dies zeigt, dass der Grundsatz der »vertikalen« Steuergleichheit in der Ukraine nicht eingehalten wird.

Die Änderungen, die zum Ausgleich des Defizits im Staatshaushalt vorgenommen wurden, haben daher zu einem Anstieg der Einnahmen aus der Einkommensteuer geführt. Die Einnahmen aus dieser Steuer im konsolidierten Haushalt stiegen von 17,7 % im Jahr 2016 auf 21,4 % im Jahr 2019.

Dazu hat auch die Erhöhung des Mindestlohns in dieser Zeit einen Beitrag geleistet. Einerseits hat dies zu einer Erhöhung der Steuerbemessungsgrundlage für offiziell beschäftigte Bürger geführt, andererseits hat dies dazu beigetragen, einen Teil der informell beschäftigten Bevölkerung aus der Schattenwirtschaft zu bringen. Der Anstieg der finanziellen Verantwortung, die von der Höhe des Mindestlohns abhängt, sowie die Stärkung der Kontrolle über die Einhaltung der Arbeitsgesetze haben das Niveau der informellen Beschäftigung nach Angaben des staatlichen Statistikdienstes der Ukraine von 26,2 % im Jahr 2015 auf 20,5 % im Jahr 2020 gesenkt.

Verbrauchssteuer

Die Verbrauchsteuer war während der letzten sechs Jahre eine der drei zentralen Steuern für den Staatshaushalt der Ukraine. Ihr Anteil an den Einnahmen des konsolidierten Haushalts betrug von 2014 bis 2019 durchschnittlich 11 %. In dieser Zeit wurden die Anzahl der verbrauchsteuerpflichtigen Objekte und die Liste der verbrauchsteuerpflichtigen Waren erweitert. Die Steuersätze stiegen ständig an. 2017 wurde eine Rechtsnorm verabschiedet, nach der bis 2025 die spezifischen Verbrauchsteuersätze für Tabakerzeugnisse und die Mindestverbrauchsteuerpflicht jährlich um 20 % erhöht werden müssen, bis der EU-Mindeststandard erreicht ist (90 Euro pro 1.000 Einheiten). Im Jahr 2016 wurde ein völlig neues Verfahren für die Regulierung im Kraftstoffhandel eingeführt – nach dem Vorbild der Mehrwertsteuerverwaltung mit der Ausstellung und Registrierung von Verbrauchsteuerrechnungen und einem einheitlichen zentralen Register für solche Rechnungen.

Feldes- und Förderabgaben

Die Feldes- und Förderabgaben, die die Förderung von Bodenschätzen besteuern, leisten einen weiteren Beitrag zum Staatshaushalt. Ihr Anteil an den konsolidierten Haushaltseinnahmen ist jedoch stetig von 5,8 % im Jahr 2015 auf 3,5 % im Jahr 2019 gesunken. Die Feldes- und Förderabgaben in der Ukraine entsprechen der Verbrauchsteuer. Dieser Ansatz entspricht nicht dem Wesen der Förderabgaben, das darin besteht, einen Teil

des Gewinns einzuziehen. Versuche, diesen Bereich zu reformieren, wurden jedoch ständig blockiert, vor allem durch die von der Abgabe betroffenen Unternehmen.

Vereinfachtes Steuersystem

1998 führte die Ukraine speziell zur Förderung des Kleinunternehmertums ein vereinfachtes Steuersystem ein, um deren Steuerlast zu reduzieren. Es kann sowohl von Einzelunternehmern als auch von juristischen Personen angewendet werden. Dabei werden die Unternehmen in vier Gruppen unterteilt, wobei für jede Gruppe bestimmte Einschränkungen gelten (differenziert nach der Art der Tätigkeit, der Anzahl der Mitarbeiter und dem maximalen Jahresumsatz). Anstelle der Einkommensteuer zahlen Kleinunternehmen eine einzige Steuer – entweder einen festen Betrag oder einen Prozentsatz des Einkommens (abhängig von der Eingruppierung).

Einige Änderungen fanden in den Jahren 2016 und 2017 statt. Sie betrafen hauptsächlich Steuersätze und Einkommensmargen, die eine Anwendung des vereinfachten Steuersystems ermöglichen. Die letzten Änderungen wurden im Jahr 2020 vorgenommen. Zu den wichtigsten zählt ein deutlicher Anstieg der jährlichen Einkommensgrenze, die für Unternehmen der Gruppe 3 nun bei über 7 Mio. UAH (ca. 200.000 EUR) pro Jahr liegt. Dies kann zum Missbrauch des vereinfachten Steuersystems für verschiedene Steuerhinterziehungssysteme führen, beispielsweise für die Steuerhinterziehung beim Einsatz von Arbeitskräften. In diesem Fall ist es viel günstiger für ein Unternehmen eine einheitliche Steuer mit einem Steuersatz von 5 % anstelle einer Einkommenssteuer und einer Militargebühr zu zahlen, die sich zusammen auf 19,5 % belaufen.

Die Gesetzgeber erkannten das Risiko und versuchten 2020 den Einsatz von Registrierkassen bei Unternehmen im vereinfachten Steuersystem auszuweiten, was ihre Aktivitäten transparenter machen sollte. Um die Kosten für die Steuerzahler im vereinfachten System zu minimieren, bot der staatliche Steuerdienst den Unternehmen ein kostenloses Softwareprodukt an, das herkömmliche Registrierkassen ersetzt. Trotz der Tatsache, dass die vorgeschlagenen Schritte den aktuellen internationalen Trends entsprechen, lösten sie eine Welle von Protesten aus. Infolgedessen wurde die Frist für die obligatorische Verwendung von Registrierkassen für die meisten Unternehmer auf 2022 verschoben.

Steueramnestie und Nullmeldung

Besonders hervorzuheben ist die Rückkehr zur Agenda der Steueramnestie und der Nullmeldung. Im Mai 2020 forderte Präsident Selenskyj die Regierung auf, innerhalb von drei Monaten einen Gesetzentwurf zu einer einmaligen Steueramnestie auszuarbeiten. Im Juni versprach der Ministerpräsident, im selben Jahr eine

Nullmeldung einzuführen. Im September erklärte das Finanzministerium, dass der entsprechende Gesetzentwurf bis Ende Dezember im Parlament registriert sein soll. Bis heute ist jedoch kein entsprechender Gesetzentwurf auf der Website des Parlaments erschienen.

Derzeit liegen beim Parlament mehrere Gesetzentwürfe, die bereits 2019 registriert wurden. Einer davon wird höchstwahrscheinlich als Grundlage für das künftige Gesetz dienen. Es gab bereits 2015 und 2016 Versuche, die Nullerklärung einzuführen. Diese Gesetzesinitiativen wurden jedoch als unausgegoren kritisiert und wieder zurückgezogen.

Der zentrale Punkt ist, dass eine Steueramnestie die Befreiung der Steuerzahler von der Haftung für bis zu einem bestimmten Zeitpunkt begangene Verstöße gegen Steuergesetze bedeutet, vorbehaltlich der Nachzahlung der Steuern zu einem ermäßigten Satz. Die Amnestie erlaubt es nicht, die Quellen des deklarierten Vermögens zu überprüfen. Außerdem werden die in der Erklärung angegebenen Informationen nicht weitergegeben. Für den Staat ist dies zuallererst eine Gelegenheit, den Staatshaushalt zu füllen. Darüber hinaus kann eine Steueramnestie dazu dienen, Unternehmen aus der Schattenwirtschaft zu holen und die Deviseneinnahmen durch Kapitalrückführungen aus dem Ausland zu steigern.

Internationale Erfahrungen mit solchen Amnestien sind gemischt. Die Regierungen von Argentinien und Italien haben zum Beispiel außergewöhnlich positive Ergebnisse erzielt. Aber in Russland und Georgien waren die Erwartungen weit größer als die tatsächlichen Ergebnisse.

Es ist schwierig, einen einzelnen Faktor zu identifizieren, der den Erfolg solcher Initiativen garantieren würde, da eine Reihe von Faktoren eine Rolle spielen. Die Praxis anderer Länder zeigt, dass der Erfolg der Steueramnestie direkt proportional zum Vertrauen der Öffentlichkeit in ihren eigenen Staat ist (zum Vertrauen der Ukrainer in staatliche Institutionen siehe vorherige Ausgabe der Ukraine-Analysen, <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/247/>, Anm. d. Redaktion). Wichtige Aspekte sind auch eine stabile Wirtschaft, eine effiziente Justiz und eine wirksame Sensibilisierungskampagne.

Der beste Zeitpunkt für die Einführung der Nullerklärung in der Ukraine wurde jedoch vermutlich bereits verpasst. Denn die Kapitalamnestie sollte idealerweise vor Inkrafttreten der Normen zur Kapitalflucht in Steueroasen (BEPS und Besteuerung kontrollierter ausländischer Unternehmen) stattfinden. Einige diesbezügliche Regelungen sind bereits in Kraft getreten, weitere folgen Anfang 2022. Und selbst wenn das Gesetz zur Steueramnestie 2021 verabschiedet wird, wird es erst 2022 in Kraft treten – das wäre aber zu spät.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das ukrainische Steuersystem auf den ersten Blick vielen Steuersystemen in Europa ähnlich ist. Doch trotz der Ähnlichkeiten ist das Steuersystem der Ukraine kein Instrument zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit geworden und trägt nicht zum Wachstum der Wirtschaftstätigkeit bei. Der entscheidende Grund dafür ist das Fehlen einer umfassenden Reform der ukrainischen Wirtschaft. Es ist unmöglich, allein mit einer Steuerreform die Wirtschaft aus der Krise und die Einnahmen aus der Schattenwirtschaft zu bringen, selbst wenn die Steuerreform aktuellen internationalen Entwicklungen entspricht.

In diesem Zusammenhang muss auch auf den deutlichen Unterschied im Einkommensniveau der Ukrainer und den Anstieg des Anteils der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen verwiesen werden. Natürlich tragen diese Faktoren nicht zur gesunden Entwicklung der Wirtschaft bei.

Für die Einnahmen des konsolidierten Staatshaushalts am wichtigsten sind die Mehrwertsteuer, die Einkommensteuer und die Verbrauchsteuer. Im Jahr 2019 trugen sie 35 %, 26 % bzw. 13 % bei. Wenn Ukrainer mit geringem Einkommen ihre Einkommensteuer zahlen,

zahlen sie den gleichen Steuersatz wie ihre wohlhabenden Mitbürger. Und beim Kauf von Waren sind sie gezwungen, Steuern (Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuer) zu zahlen, die in die Kosten der Waren bereits einkalkuliert sind. Der größte Teil der Steuern wird somit von den Ärmsten bezahlt. Unter diesen Bedingungen ist es unwahrscheinlich, dass Unternehmen und Mitarbeiter die weiterhin hohe Schattenwirtschaft verlassen.

Deshalb sollten weitere Schritte der Steuerreform in der Ukraine systematisch erfolgen und abgestimmt mit Wirtschaftsreformen umgesetzt werden. Zusammen können sie eine Erhöhung des Einkommens der einkommensschwachen Haushalte stimulieren und die Umverteilung der Steuerbelastung von den Armen auf die Reichen erleichtern, was wiederum zu einem Anstieg der Gesamtnachfrage und wirtschaftlicher Entwicklung führen würde. Bei der Steuerreform sollte unter anderem die Einführung differenzierter Mehrwertsteuersätze und einer progressiven Besteuerung des Einkommens von Privatpersonen in Betracht gezogen werden.

Übersetzung aus dem Ukrainischen von Lina Pleines

Über den Autor

Serhij Werlanow ist promovierter Jurist. Zwischen 2008 – 2015 war er als Anwalt für die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers tätig. Von Juli 2018 bis Mai 2019 war er stellvertretender Finanzminister der Ukraine und von Mai 2019 bis April 2020 Leiter des Staatlichen Steuerdienstes.

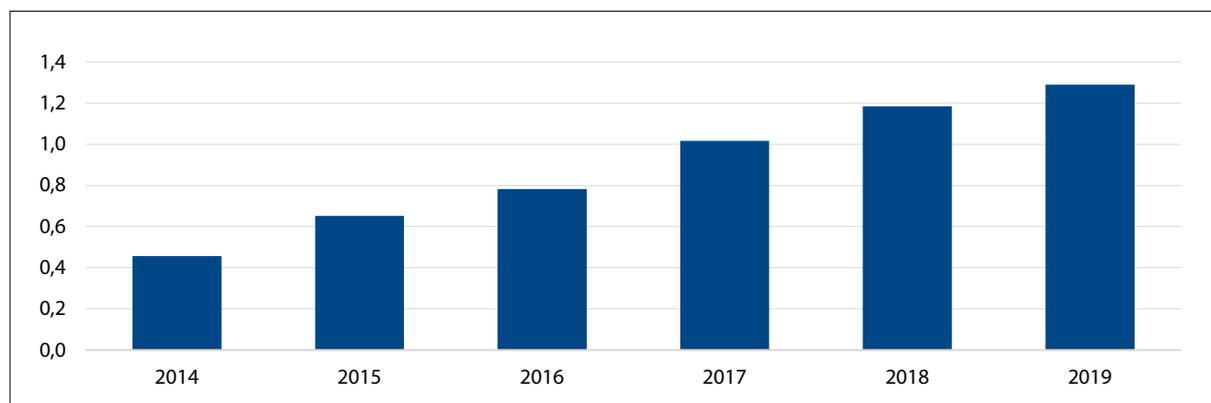
Lesetipps / Bibliographie

- International Monetary Fund: TECHNICAL ASSISTANCE REPORT--A FOLLOW-UP ON DISTRIBUTED PROFIT TAX, BEPS IMPLEMENTATION, VOLUNTARY DISCLOSURE PROGRAM, AND INDIRECT METHODS FOR DETERMINING TAXABLE INCOME, IMF Country Report No. 20/302, November 2020, <https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/CR/2020/English/IUKREA2020003.ashx>
- International Monetary Fund: Ukraine: Technical Assistance Report-Distributed Profit Tax; Voluntary Disclosure of Assets; and BEPs Implementation, November 2019, <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2019/11/22/Ukraine-Technical-Assistance-Report-Distributed-Profit-Tax-Voluntary-Disclosure-of-Assets-48834?fbclid=IwAR03MttTcot62wmPCJ3CSPKAHwM9N2Thh8Zq3FfV2Kjqq1WvWeljZA51eU>
- Staatlicher Statistikdienst der Ukraine: Daten zur informell beschäftigten Bevölkerung 2017–2020, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2017/rp/eans/eans_u/arch_nzn_smpsz_u.htm
- Staatlicher Statistikdienst der Ukraine: Veröffentlichungen zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit: http://www.ukrstat.gov.ua/druk/publicat/kat_u/publ11_u.htm
- Staatskasse der Ukraine: Berichterstattung: <https://www.treasury.gov.ua/ua/file-storage/vikonannya-derzhavnogo-byudzhetu>
- Weltbank-Ranking »Doing Business«: <https://www.doingbusiness.org>

STATISTIK

Kennzahlen zur Steuerpolitik

Grafik 1: Konsolidierte Haushaltseinnahmen (2014–2019, in Billionen UAH)



Quelle: Staatskasse der Ukraine, <https://www.treasury.gov.ua/en>.

Tabelle 1: Struktur der konsolidierten Haushaltseinnahmen (2014–2019, in UAH)

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Art der Einnahme						
Einkommensteuer und -abgabe	75.202.945.342,39	99.983.173.983,16	138.781.786.550,12	185.686.131.593,11	229.900.604.431,73	275.458.458.226,32
Körperschaftssteuer	40.201.485.679,20	39.053.168.646,12	60.223.231.489,94	73.396.802.859,59	106.182.347.520,41	117.316.774.966,33
Grundsteuer	398.915.891,76	1.802.659,92	1.362.578,96	1.003.740,97	1.143.800,43	-30.766,04
Vermietung und Steuern auf natürliche Ressourcen	33.596.691.837,98	41.958.190.058,33	46.608.398.274,34	51.132.329.000,95	50.086.888.794,22	52.024.860.444,25
Mehrwertsteuer	139.024.258.854,80	178.452.385.210,14	235.506.029.939,30	313.980.594.465,27	374.508.186.507,22	378.690.221.341,30
Verbrauchersteuer	45.099.574.891,52	70.795.226.404,15	101.750.661.672,14	121.449.435.629,98	132.649.809.668,99	137.076.358.192,49
Steuern auf internationalen Handel und Auslandsgeschäfte	12.608.696.013,19	40.300.805.599,59	20.370.979.949,91	24.541.812.452,56	27.076.620.978,57	30.086.000.148,47
Steuern und Abgaben lokaler Haushalte	486.119,66	159.586,86	71.524,87	279.989,31	-730.084,05	287.345,67
Kraftstoff- und Energieabgaben	5.987.511.788,65	7.245.428.823,41	278.974.883,64	-12.143.258,09	-6.221.632,49	-252.601,10
Kommunale Steuern	8.055.153.375,32	27.041.185.457,52	42.261.496.693,37	53.281.975.812,82	61.026.448.450,58	73.575.310.119,55
Andere Steuern und Gebühren	7.336.211.333,90	2.804.373.249,61	4.998.685.011,61	4.700.591.599,52	4.923.425.351,54	6.093.853.437,93
Steuerfreie Einnahmen	80.612.762.657,99	140.154.438.733,20	125.502.878.228,59	154.552.067.060,89	192.716.615.452,43	212.858.548.471,87
Erträge aus Kapitaltransaktionen	2.015.788.129,46	1.799.539.973,62	1.593.951.215,53	2.160.456.593,89	2.800.990.958,98	3.111.858.785,94
Zahlungen der Europäischen Union, ausländischen Regierungen, internationalen Organisationen und anderen Geberorganisationen	5.382.954.781,89	1.882.174.266,14	4.198.203.020,11	1.631.167.480,41	1.559.027.478,43	1.184.169.075,31
Treuhandfonds	543.886.848,57	558.941.721,79	782.773.919,59	30.467.003.110,55	865.607.642,80	2.372.752.488,09
Konsolidierte Haushaltseinnahmen	456.067.323.546,28	652.030.994.373,56	782.859.484.952,02	1.016.969.508.131,73	1.184.290.765.319,79	1.289.849.169.676,38

Quelle: Staatskasse der Ukraine, <https://www.treasury.gov.ua/en>.

Tabelle 2: Struktur der konsolidierten Haushaltseinnahmen (2014–2019, in %)

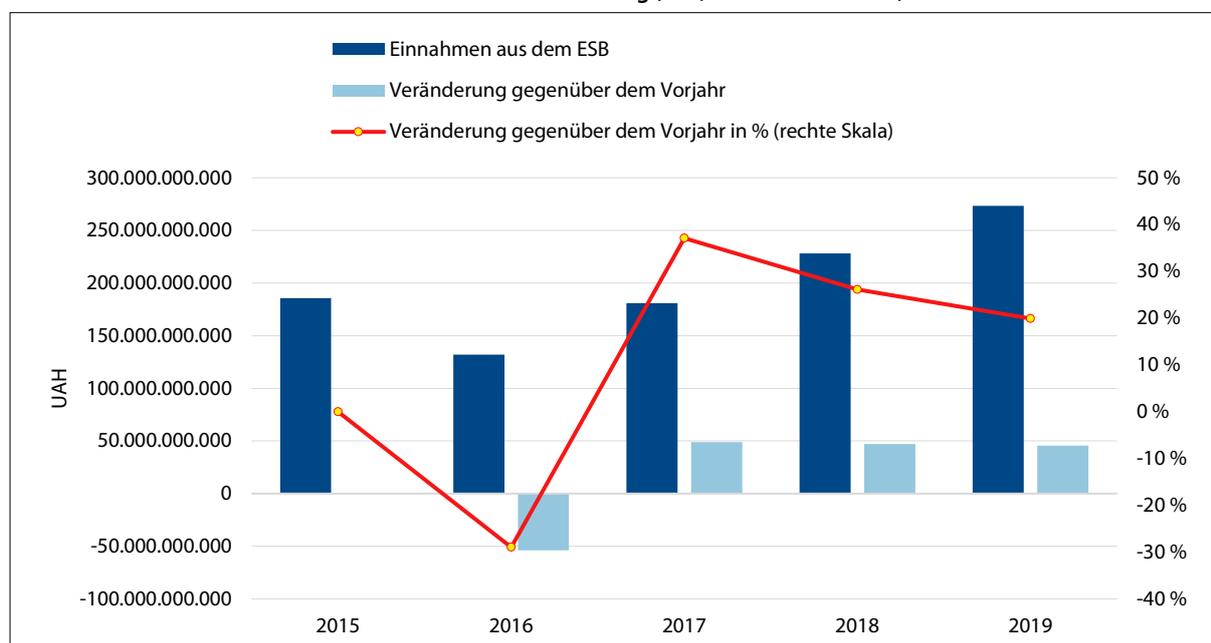
Art der Einnahme	Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Einkommensteuer und -abgabe		16,5%	15,3%	17,7%	18,3%	19,4%	21,4%
Körperschaftsteuer		8,8%	6,0%	7,7%	7,2%	9,0%	9,1%
Grundsteuer		0,1%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Vermietung und Steuern auf natürliche Ressourcen		7,4%	6,4%	6,0%	5,0%	4,2%	4,0%
Mehrwertsteuer		30,5%	27,4%	30,1%	30,9%	31,6%	29,4%
Verbrauchersteuer		9,9%	10,9%	13,0%	11,9%	11,2%	10,6%
Steuern auf internationalen Handel und Auslandsgeschäfte		2,8%	6,2%	2,6%	2,4%	2,3%	2,3%
Steuern und Abgaben lokaler Haushalte		0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Kraftstoff- und Energieabgaben		1,3%	1,1%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Kommunale Steuern		1,8%	4,1%	5,4%	5,2%	5,2%	5,7%
Andere Steuern und Gebühren		1,6%	0,4%	0,6%	0,5%	0,4%	0,5%
Steuerfreie Einnahmen		17,7%	21,5%	16,0%	15,2%	16,3%	16,5%
Erträge aus Kapitaltransaktionen		0,4%	0,3%	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%
Zahlungen der Europäischen Union, ausländischen Regierungen, internationalen Organisationen und anderen Geberorganisationen		1,2%	0,3%	0,5%	0,2%	0,1%	0,1%
Treuhandfonds		0,1%	0,1%	0,1%	3,0%	0,1%	0,2%

Quelle: Staatskasse der Ukraine, <https://www.treasury.gov.ua/en>.

Tabelle 3: Struktur der Steuereinnahmen des konsolidierten Haushalts (2014–2019, in %)

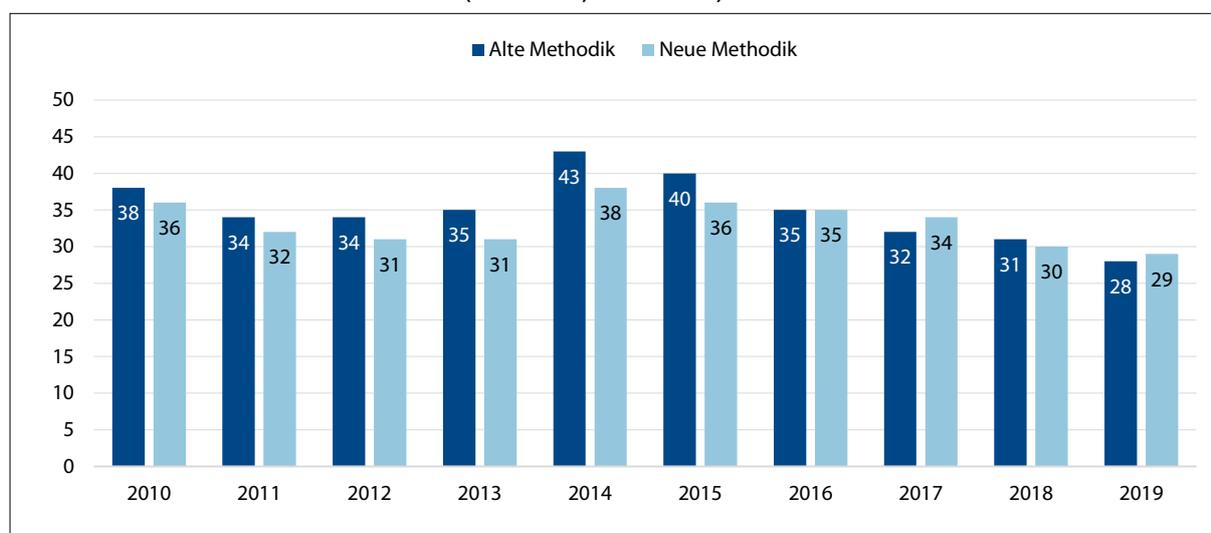
Steuereinnahmen	Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Einkommensteuer und -abgabe		20,5%	19,7%	21,3%	22,4%	23,3%	25,7%
Körperschaftsteuer		10,9%	7,7%	9,3%	8,9%	10,8%	11,0%
Grundsteuer		0,1%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Vermietung und Steuern auf natürliche Ressourcen		9,1%	8,3%	7,2%	6,2%	5,1%	4,9%
Mehrwertsteuer		37,8%	35,2%	36,2%	37,9%	38,0%	35,4%
Verbrauchersteuer		12,3%	13,9%	15,6%	14,7%	13,4%	12,8%
Steuern auf internationalen Handel und Auslandsgeschäfte		3,4%	7,9%	3,1%	3,0%	2,7%	2,8%
Steuern und Abgaben lokaler Haushalte		0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Kraftstoff- und Energieabgaben		1,6%	1,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Kommunale Steuern		2,2%	5,3%	6,5%	6,4%	6,2%	6,9%
Andere Steuern und Gebühren		2,0%	0,6%	0,8%	0,6%	0,5%	0,6%

Quelle: Staatskasse der Ukraine, <https://www.treasury.gov.ua/en>.

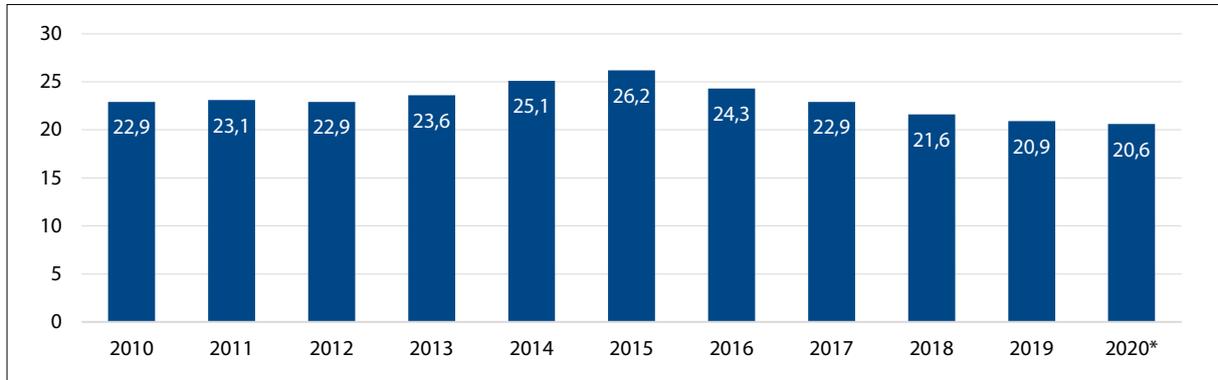
Grafik 2: Einnahmen aus dem einheitlichen Sozialbeitrag (ESB, 2015–2019 in UAH)

	Einnahmen aus dem ESB	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (rechte Skala)
2015	185.689.898.812,83	nicht zutreffend	nicht zutreffend
2016	131.892.013.263,70	-53.797.885.549,13	-29,0%
2017	180.805.179.842,03	48.913.166.578,33	37,1%
2018	228.024.975.220,01	47.219.795.377,98	26,1%
2019	273.480.015.925,39	45.455.040.705,38	19,9%

Quelle: Staatskasse der Ukraine, <https://www.treasury.gov.ua/en>.

Grafik 3: Anteil der Schattenwirtschaft (2010–2019, in % des BIP)

Quelle: Ministerium für Wirtschaftsentwicklung, Handel und Landwirtschaft, *Tendenzen der Schattenwirtschaft*, 23.09.2020, <https://www.me.gov.ua/Documents/List?lang=uk-UA&id=e384c5a7-6533-4ab6-b56f-50e5243eb15a&tag=TendentsiiTinovoiEkonomiki>.

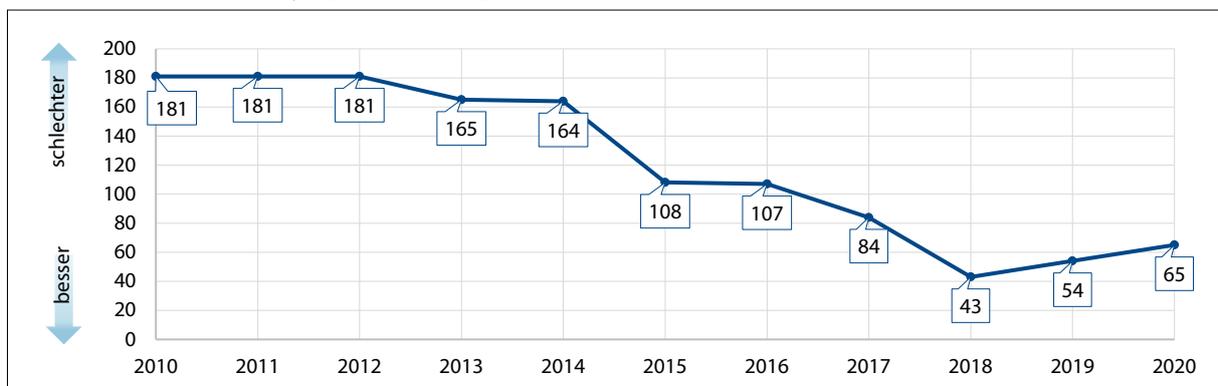
Grafik 4: Informell Beschäftigte (2010–2020, in %)

*Für Januar – September.

Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <http://www.ukrstat.gov.ua/>.

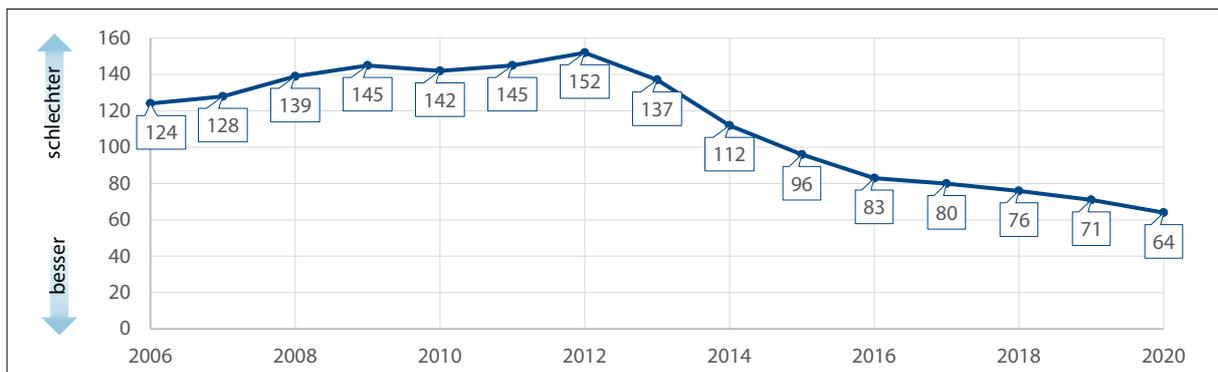
RANKING

Ukraine im Doing Business / Paying Taxes Ranking

Grafik 1: Ukraine im Paying Taxes Ranking

*Anmerkung: Die Daten ab 2017 basieren auf einer neuen, überarbeiteten Methodik. Die Angaben beziehen sich stets auf das Steuersystem zwei Jahre zuvor; für das Ranking 2020 wurde somit das Steuerjahr 2018 berücksichtigt usw.

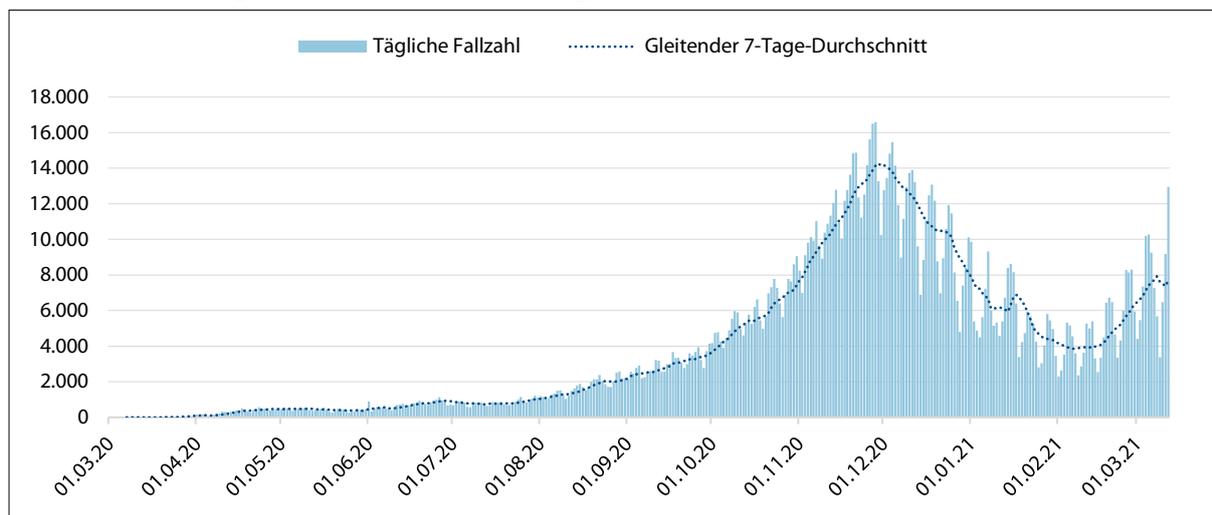
Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Daten von PWC (<https://www.pwc.com>) und Doing Business (<https://www.doingbusiness.org>).

Grafik 2: Ukraine im Doing Business Ranking

Source: https://en.wikipedia.org/wiki/Ease_of_doing_business_index

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Stand: 12. März 2021)

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in der Ukraine (tägliche Fallzahlen, 1. März 2020 – 12. März 2021)



Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 12.03.2021, 08:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

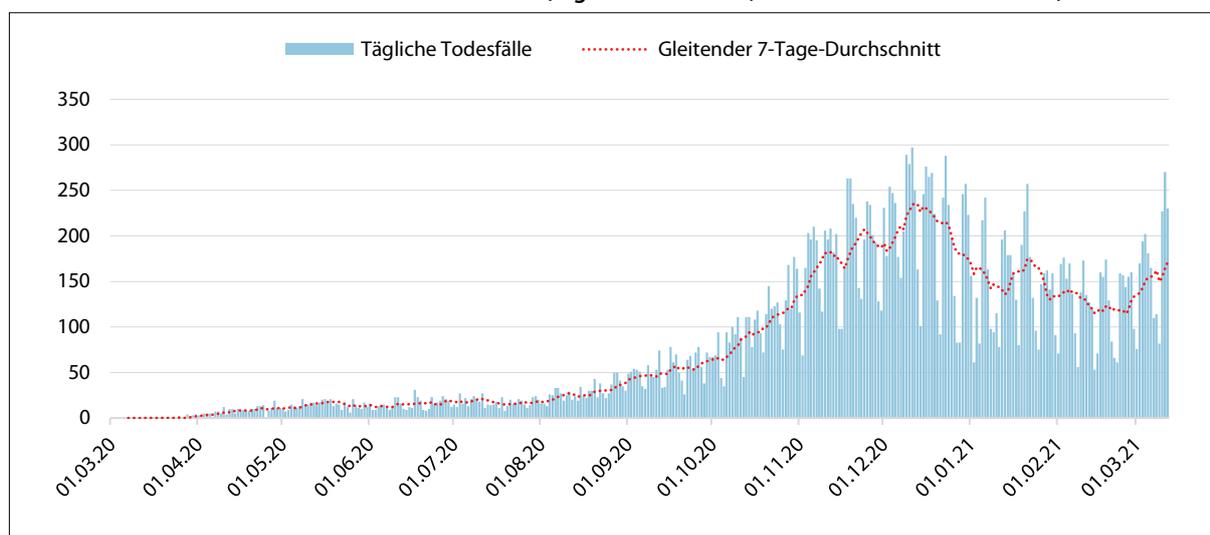
Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Fälle, 04. – 12. März 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
04.03.	1.422.927	10.179
05.03.	1.433.200	10.273
06.03.	1.442.457	9.257
07.03.	1.449.741	7.284
08.03.	1.455.421	5.680
09.03.	1.458.785	3.364
10.03.	1.465.265	6.480
11.03.	1.474.452	9.187
12.03.	1.487.398	12.946

Für die Zahlen vom 01.03.2020–03.03.2021 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–247.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 12.03.2021, 08:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in der Ukraine (tägliche Todesfälle, 1. März 2020 – 12. März 2021)

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 12.03.2021, 08:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in der Ukraine (04. – 12. März 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
04.03.	28.046	202
05.03.	28.227	181
06.03.	28.392	165
07.03.	28.502	110
08.03.	28.616	114
09.03.	28.698	82
10.03.	28.925	227
11.03.	29.195	270
12.03.	29.425	230

Für die Zahlen vom 01.03.2020–03.03.2021 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–247.

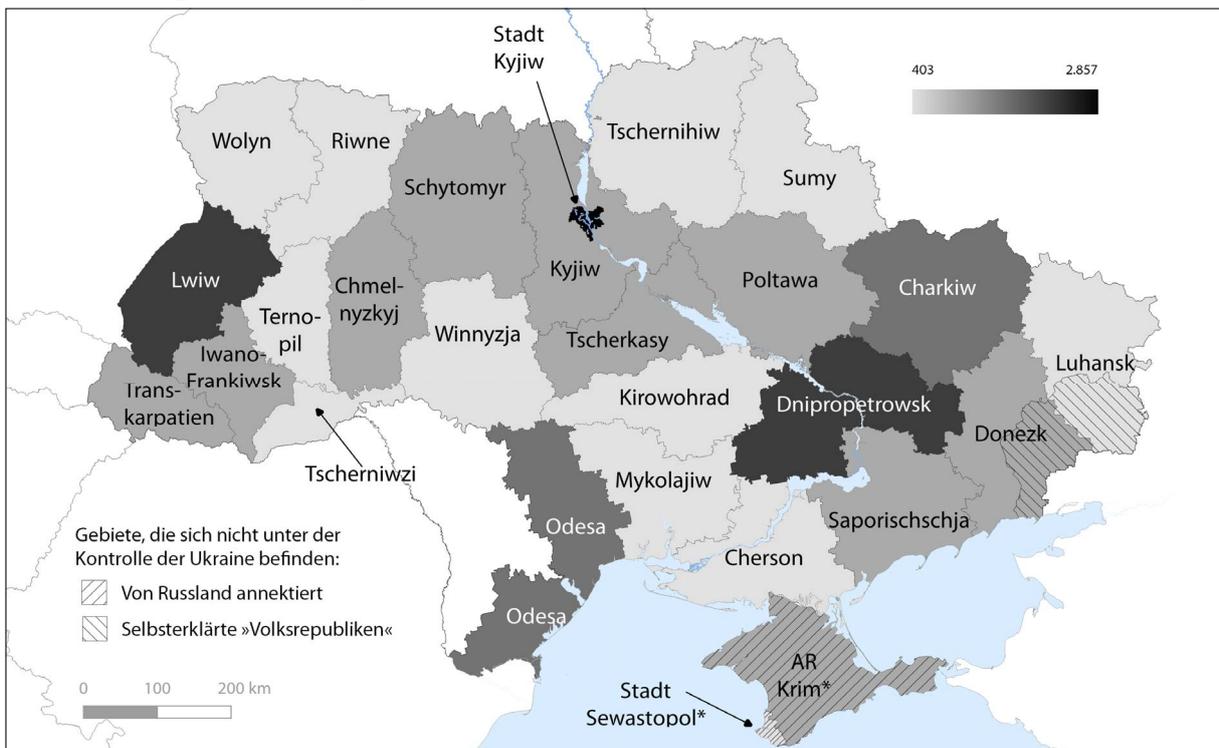
Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 12.03.2021, 08:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Grafik 3: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen (Stand: 12. März 2021)

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 12.03.2021 08:15 Uhr.

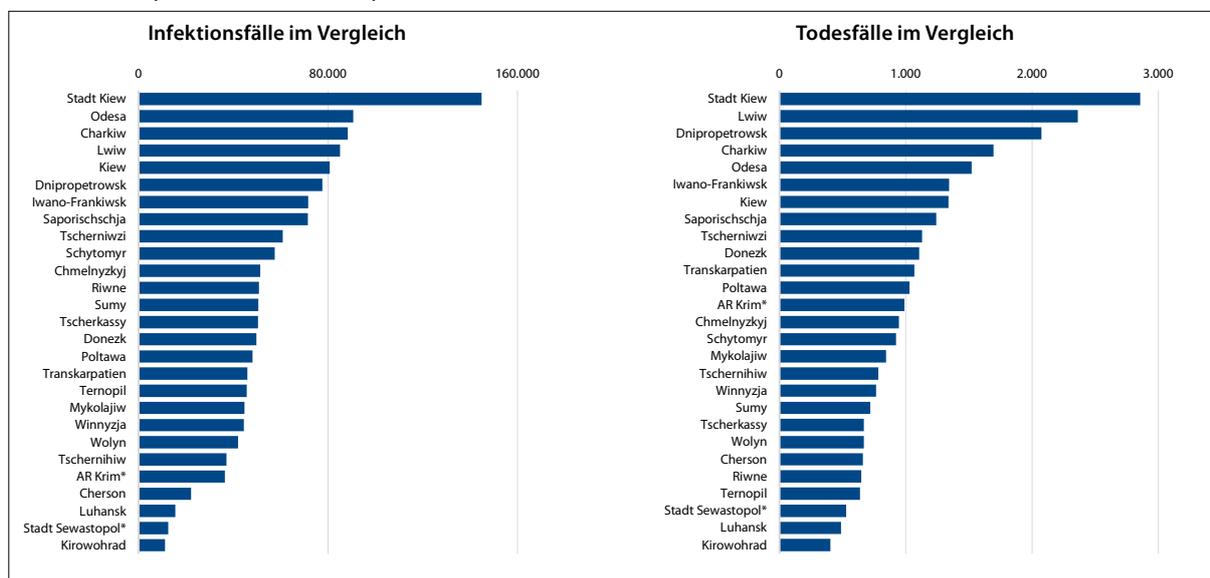
Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 4: Regionale Verteilung der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 12. März 2021)

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 12.03.2021 08:15 Uhr.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 5: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 12. März 2021)



* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>; Stand: 12.03.2021 08:15 Uhr.

Tabelle 1: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 12. März 2021)

Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	88.385	1.694
Cherson	22.147	660
Chmelnyzkyj	51.393	946
Dnipropetrowsk	77.619	2.074
Donezk	49.730	1.106
Iwano-Frankiwsk	71.651	1.343
Kiew	80.669	1.337
Stadt Kiew	144.910	2.857
Kirowohrad	11.183	403
Luhansk	15.498	487
Lwiw	85.038	2.363
Mykolajiw	44.770	844
Odesa	90.605	1.522
Poltawa	48.074	1.031
Riwne	50.793	648
Saporischschja	71.490	1.240
Schytomyr	57.521	924
Sumy	50.585	719
Ternopil	45.632	638
Transkarpatien	45.939	1.067
Tscherkassy	50.468	668
Tschernihiw	37.087	783
Tscherniwzi	60.912	1.129
Winnyzja	44.396	764
Wolyn	41.973	668
AR Krim*	36.494	990
Stadt Sewastopol*	12.535	529

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>; Stand: 12.03.2021 08:15 Uhr.

Covid-19-Chronik, 22. Februar – 09. März 2021

22.02.2021	Gesundheitsminister Maksym Stepanow berichtet, dass die Ukraine sich ab Juli 2021 weitere 5 Millionen NovaVax-Impfdosen aus den USA gesichert habe, womit sich die Gesamtmenge an dem Impfstoff auf 15 Millionen Dosen erhöht. NovaVax ist bisher noch nicht zugelassen, gilt vorläufigen Daten zufolge aber als sehr effektiver Impfstoff gegen Covid-19.
23.02.2021	Die ersten 500.000 Dosen des AstraZeneca Impfstoffes aus Indien treffen in der Ukraine ein. Das Land beginnt als eines der letzten in Europa mit der Impfung gegen das Coronavirus. Zunächst soll medizinisches Personal geimpft werden, danach Angehörige der Armee. Die Regierung geht davon aus, bis zum Jahresende 16 Millionen Menschen in der Ukraine impfen zu können.
23.02.2021	Der leitende Sanitätsarzt Wiktor Ljaschko teilt mit, dass ein zweiter Impfstoff – das von BioNTech entwickelte und gemeinsam mit Pfizer vertriebene Vakzin gegen Covid-19 – in der Ukraine zugelassen wurde.
24.02.2021	Die Ukraine kehrt zum System der »adaptiven Quarantäne« zurück, die alle Regionen des Landes nach Infektionsgeschehen in vier Zonen einteilt (rot, orange, gelb und grün). Außerdem werden in den »roten« Zonen, wo die gesellschaftlichen Einschränkungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie am höchsten sind, die Beschränkungen per Beschluss vom Ministerkabinett noch einmal verschärft, z. B. beim öffentlichen Nahverkehr.
24.02.2021	Als erster Ukrainer wird der Arzt Ewgen Gorenko aus Tscherkassy gegen Covid-19 geimpft.
25.02.2021	Die ukrainische Armee beginnt im 66. Militärkrankenhaus im ostukrainischen Pokrowsk mit der Covid-19-Impfung von an der Kontaktlinie stationierten Soldaten. Entlang der Kontaktlinie sind ca. 40.000 Soldaten stationiert; in einer ersten Ladung erhielt die Armee 7.200 Impfdosen.
26.02.2021	Die Region Iwano-Frankiwsk wird als erstes nach der Wiedereinführung der »adaptiven Quarantäne« zur »roten« Zone erklärt, um die Verbreitung von Covid-19 zu stoppen.
27.02.2021	In Czernowitz sterben bei einem Brand im städtischen Krankenhaus für Covid-19 Patienten zwei Menschen. Ursache des Feuers ist eine Explosion.
28.02.2021	Die Ukraine nimmt aktuell weltweit Rang 10 bei den täglich neu registrierten Covid-19-Infektionszahlen ein; europaweit liegt die Ukraine auf Platz 5.
28.02.2021	In den ersten drei Tagen seit Beginn der Impfkampagne wurden 3.051 Menschen in der Ukraine gegen Covid-19 geimpft.
01.03.2021	Ab heute können sich Ukrainer online über die staatliche E-Services App »Dija« oder über eine telefonische Hotline für eine kostenlose Impfung gegen das Coronavirus anmelden.
01.03.2021	Schytomyr und Tscherniwzi werden zu »roten« Zonen erklärt, womit es nun drei »rote« Zonen gibt, in denen das gesellschaftliche Leben zur Bekämpfung des Coronavirus stark eingeschränkt ist.
02.03.2021	Bei einem Besuch an der Kontaktlinie im Donbas lässt sich Präsident Wolodymyr Selenskyj mit dem Impfstoff von AstraZeneca gegen das Coronavirus impfen. Im November 2020 wurde das Coronavirus bei Selenskyj diagnostiziert, einige Zeit später bei seiner Ehefrau. Die Impfung soll Vertrauen in den Impfstoff schaffen, da die Impfskepsis in der Bevölkerung sehr hoch ist: Einer Umfrage von Anfang Januar wollen 52 Prozent der Bevölkerung sich nicht impfen lassen wollen, selbst wenn die Impfung kostenlos ist.
03.03.2021	Gesundheitsminister Maksym Stepanow teilt mit, dass innerhalb der letzten 24 Stunden mit fast 3.500 Hospitalisierungen ein neuer Höchstwert seit Beginn der Coronavirus-Pandemie erreicht wurde.
04.03.2021	Laut dem leitenden Sanitätsarzt Wiktor Ljaschko könnten angesichts der steigenden Covid-19-Inzidenz bald sechs weitere Regionen als »rote« Zonen eingestuft werden.
04.03.2021	Erstmals im Jahr 2021 werden mehr als 10.000 Neuinfektionen an einem Tag gemeldet. Das letzte Mal, dass an einem Tag mehr als 10.000 Neuinfektionen mit Covid-19 gemeldet wurden, war im Dezember 2020.
04.03.2021	Premierminister Denys Schmyhal warnt vor einer Dritten Welle der Coronavirus-Pandemie und schließt auch einen harten Lockdown nicht aus, wenn die Infektionszahlen weiterhin steigen. Er hoffe, dass es ab Sommer in der Ukraine kostenpflichtige Impfprogramme geben werde.
04.03.2021	Gesundheitsminister Maksym Stepanow zufolge sollen, sofern ab Sommer genügend Impfstoff vorhanden ist, in der Ukraine monatlich 4–5 Millionen Menschen pro Monat gegen das Coronavirus geimpft werden.
05.03.2021	Gesundheitsminister Maksym Stepanow teilt dem Parlament mit, dass der Höhepunkt der aktuellen Covid-19-Welle Ende April sein werde und dann ein neuer Lockdown erforderlich sein könnte.

06.03.2021	Die Staatliche Eisenbahn, Ukrsalisnyzja, will fünf Charterzüge aus den Regionen Tscherniwzi und Iwano-Frankiwsk einsetzen, um bis zu 3.000 Menschen notwendige Reisen anzubieten. Aufgrund der hohen Covid-19-Inzidenz und der Einstufung beider Regionen als »rote« Zonen, ist der Bahnverkehr dort eingestellt.
06.03.2021	Das Gesundheitsministerium stuft wegen der hohen Covid-19 Inzidenz die Region Transkarpatien als »rote« Zone ein; die Hauptstadt Kyjiw wird zur »orange« Zone erklärt.
07.03.2021	Landesweit wurden 3.956 Menschen hospitalisiert, was einen neuen Höchststand in der Ukraine darstellt. Vor allem im Westen des Landes füllen sich die Krankenhäuser mit an Covid-19 erkrankten Patienten.
08.03.2021	Mychajlo Poljak, der Chefarzt des zentralen Krankenhauses für Infektionskrankheiten in der Region Transkarpatien, teilt mit, dass die aktuelle Lage in Transkarpatien die schlimmste seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie ist
09.03.2021	Gesundheitsminister Maksym Stepanow kritisiert den schleppenden Impffortschritt in der Ukraine. Zwar befinden sich aktuell 190.000 Menschen auf einer Warteliste für die Covid-19-Impfung. Seit Beginn der Impfungen am 24. Februar wurden allerdings erst 19.118 Personen geimpft. Dies sei »inakzeptabel«, zumal Stepanow bekanntgibt, dass die britische Mutante erstmals in der Ukraine nachgewiesen wurde. Stepanow wolle mit den lokalen Behörden besprechen, wie die Impfkampagne an Fahrt aufnehmen kann. Weiterhin teilt er mit, dass die Ukraine einen strengen Lockdown verhängen werde, sollten mehr als die Hälfte der 24 Regionen des Landes als »rote« Zonen eingestuft werden.
09.03.2021	Die Ukraine lässt den in China entwickelten Sinovac-Impfstoff gegen Covid-19 zu. Sinovac will der Ukraine über eine lokale Partnerfirma fünf Millionen Sinovac-Impfdosen bereitstellen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

CHRONIK

22. Februar – 09. März 2021

22.02.2021	Infrastrukturminister Wladyslaw Kryklj teilt mit, dass die Ukraine in diesem Jahr mit dem Bau von Hochgeschwindigkeits-Zugstrecken mit europäischer Spurweite beginnt, um Kyjiw mit den größten Städten des Landes zu verbinden. Dadurch soll sich z. B. die Fahrtdauer der 1.000 Kilometer langen Strecke zwischen Lwiw im Westen und Charkiw im Osten von aktuell 14 auf 3–4 Stunden verringern. Der erste 80-Kilometer lange Streckenabschnitt werde zwischen der ukrainisch-polnischen Grenze, wo die europäische Spurweite aktuell endet, und Lwiw gebaut, um Zeit für die aufwendige Umspurung zu sparen. Bis zum Ende des Jahrzehnts sollen die Schnellstrecken (Kyjiw – Lwiw – polnische Grenze; Kyjiw – Odesa; Kyjiw – Charkiw; Kyjiw – Dnipro – Saporischschja) fünf Millionen Passagiere jährlich transportieren. Die Kosten werden auf 1 Mrd. US-Dollar geschätzt, weshalb neben der staatlichen Finanzierung auch internationale Investoren gesucht werden. Aktuell laufen Verhandlungen mit dem südkoreanischen Konzern Hyundai über den Bau der Strecken.
22.02.2021	Einer neuen Studie der Research & Branding Gruppe zufolge ist das Internet erstmals die wichtigste Nachrichtenquelle in der Ukraine: 51 Prozent der Bevölkerung informieren sich über das Internet, 44 Prozent über das Fernsehen und jeweils 1 Prozent über Presse und Radio. Bei der vorherigen Studie im Januar 2019 gaben noch 54 Prozent an, dass das Fernsehen ist ihre Hauptnachrichtenquelle sei, während 38 Prozent das Internet dafür nutzten. Die wichtigsten sozialen Medien in der Ukraine sind der Studie zufolge Facebook, das von 59 Prozent genutzt wird, YouTube (43 Prozent) und Instagram (30 Prozent).
23.02.2021	Außenminister Dmytro Kuleba teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die Ukraine sich bis Ende 2023 vom Stromnetz mit Belarus und der Russischen Föderation abkoppeln werde. Das gemeinsame Stromnetz sei ein Relikt aus der Sowjetunion und die Ukraine werde sich stattdessen in das europäische Stromnetz integrieren, so Kuleba. Aktuell werden ca. 3 Prozent des Stromes aus Russland und Belarus bezogen.
23.02.2021	In den vergangenen 48 Stunden kamen an der Kontaktlinie zwei ukrainische Soldaten ums Leben, drei weitere wurden verletzt. Nachdem infolge der Waffenruhe vom 27. Juli 2020 die Gefechte deutlich abgenommen hatten, nehmen sie nach Angaben der Sonderbeobachtungsmission der OSZE für die Ukraine in jüngster Zeit wieder zu.

23.02.2021	Ein Bezirksgericht in Odesa verurteilt den Aktivistin Serhij Sternenکو wegen angeblicher Entführung zu einer Haftstrafe von sieben Jahren und drei Monaten und beschlagnahmt die Hälfte seines Vermögens. Beobachter stufen den Fall als politisch motiviert an, da Sternenکو in seiner Zeit als Leiter des regionalen Arms des »Rechten Sektors« viele hochrangige politische Vertreter kritisiert hatte, neben dem Bürgermeister von Odesa Hennadij Truchanow auch Innenminister Arsen Awakow und die aktuelle Generalstaatsanwältin Iryna Wenedikowa. Nach dem Urteil kommt es in mehreren Städten zu Protestaktionen mit Tausenden Demonstrierenden, auf denen die Freilassung Sternenکوس gefordert wird.
25.02.2021	Laut dem Staatlichen Statistikamt sanken die Investitionen in die ukrainische Wirtschaft im vergangenen Jahr um 28 Prozent auf 15 Mrd. US-Dollar. Im Einzelnen sanken die Investitionen in Industrie und Landwirtschaft um 34 Prozent, in den Bausektor um 36 Prozent, in den Einzelhandel um 29,5 Prozent und in Immobiliengeschäfte um 29 Prozent. Einzig die Investitionen in Computer und Telekommunikation nahmen leicht um 1,2 Prozent zu.
25.02.2021	Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) setzt den pro-russischen Blogger und Politiker Anatolij Scharij auf die Fahndungsliste. Der SBU beschuldigte Scharij am 16. Februar des Hochverrats und der Volksverhetzung. Da der seit 2012 im politischen Exil in Spanien lebende Scharij am 22. Februar 2021 nicht zu einer Anhörung beim SBU erschienen ist, wurde er nun offiziell zur Fahndung ausgeschrieben.
26.02.2021	Anlässlich des 7. Jahrestages der russischen Invasion der Krim verurteilt US-Präsident Joe Biden Russlands Bruch des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine und sichert der Ukraine die Unterstützung der USA zu.
01.03.2021	Der ukrainische Energiekonzern DTEK und der dänische Konzern Vestas, weltweit führend in der Produktion von Windkraftanlagen, geben bekannt, 2022 in der Region Mykolajiw einen neuen Windpark mit einer Leistung von 564 Megawatt in Betrieb zu nehmen. DTEK investiert für die 21 Windräder mit einer Höhe von 180 Metern mehr als 300 Mio. Euro.
01.03.2021	Die Nationale Agentur zur Korruptionsprävention (NAPC) berichtet von Unregelmäßigkeiten bei der Finanzierung der Regierungspartei »Diener des Volkes«, woraufhin die staatliche Finanzierung der Partei vorerst eingestellt wird, bis der Sachverhalt geklärt ist. Der Partei werden u. a. Dokumentenfälschung und Unterschlagung vorgeworfen.
02.03.2021	Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, teilt auf einer Pressekonferenz auf seiner ersten offiziellen Reise in die Ukraine mit, dass die EU Geld zur Verfügung stellen werde, um mehr und bessere Checkpoints zwischen der Ukraine und den von Russland kontrollierten »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk zu bauen, und gibt bekannt: »In diesem Jahr starten wir ein neues Programm zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung und der öffentlichen Dienstleistungen« in den von der Ukraine kontrollierten Teilen der Regionen Donezk und Luhansk.
02.03.2021	Laut dem stellvertretenden Premierminister und Minister für die Reintegration der temporär besetzten Gebiete Oleksij Resnikow kam der »Grenzverkehr« zwischen der Ukraine und den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk aufgrund der Coronavirus-Pandemie nahezu zum Erliegen: Passierten 2019 durchschnittlich 1,5 Mio. Menschen monatlich die Checkpoints an der Kontaktlinie, waren es 2020 durchschnittlich nur 55.000 Personen pro Monat. Am 10. November verhängten die de-facto Machthaber der »Volksrepubliken« eine weitgehende Ausreisesperre in die Ukraine.
02.03.2021	Die USA geben der Ukraine Militärhilfen im Umfang von 125 Mio. US-Dollar frei, unter anderem für Ausbildung und Materialien, darunter zwei Mark VI-Patrouillenboote zur Überwachung von Fluss- und Küstengewässern.
02.03.2021	Durch neue Berührungssensoren soll Abstimmungsbetrug in der Werchowna Rada unmöglich gemacht werden. In der Vergangenheit hat die Ukraine immer wieder für Schlagzeilen gesorgt, weil einige Abgeordnete durch die sog. Piano-Abstimmung mehrfach abstimmten für nicht anwesende Parlamentarier. Die Sensoren sollen diese Praxis verhindern.
03.03.2021	Im neuen Freedom House Report zum Stand der Demokratie in der Welt schneidet die Ukraine mit 60 von 100 möglichen Punkten zwei Punkte schlechter ab als im Vorjahr. Ursächlich sei, dass die Reformagenda von Präsident Wolodymyr Selenskyj angesichts der Coronavirus-Pandemie und der politischen Korruption, die in der Verfassungskrise gipfelte, ins Stocken geraten sei, so Freedom House.
03.03.2021	Die Regierung verabschiedet die Nationale Wirtschaftsstrategie 2030. Die Strategie wurde von mehr als 500 Experten aus Politik, Wirtschaft, Behörden und Zivilgesellschaft erarbeitet und legt u. a. strategische Schritte für die Entwicklung von Industrie, Landwirtschaft, Infrastruktur, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologien, Kreativwirtschaft und Dienstleistungen fest.

03.03.2021	Bei der gemeinsamen Pressekonferenz des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit dem EU-Ratspräsidenten Charles Michel zum Abschluss von dessen zweitägiger Ukraine-Reise lobt Michel die Anstrengungen der Ukraine, das Leben der Menschen in den besetzten Gebieten zu erleichtern und sichert der Ukraine weitere Unterstützung seitens der EU zu. Laut Michel »Gibt es kein Europa ohne die Ukraine«.
03.03.2021	Der Zentralbank der Ukraine zufolge nahm die Nutzung elektronischer Zahlungen im vergangenen Jahr deutlich um 25 Prozent auf 5,2 Mio. Transaktionen zu, wobei das Volumen um 23 Prozent auf insgesamt 79 Mrd. US-Dollar stieg. Die Zahl der Transaktionen im Internet wuchs sogar um 31 Prozent. Bargeldtransaktionen nahmen im Gegenzug um 12 Prozent ab. Hintergrund ist die Coronavirus-Pandemie, in der vermehrt online gekauft und bargeldlos bezahlt wird.
04.03.2021	Erstmals seit zwei Jahren hebt die Zentralbank der Ukraine den Leitzins wieder an, von 6 auf 6,5 Prozent. Damit reagiere die Zentralbank laut der stellvertretenden Direktorin Kateryna Roschkowa auf die Inflation, die in diesem Jahr Berechnungen der Zentralbank zufolge im Sommer auf 8 Prozent steigen werde. Außerdem geht die Zentralbank davon aus, dass die Rücküberweisungen aus dem Ausland im laufenden Jahr um 8 Prozent auf 13 Mrd. US-Dollar steigen werden.
04.03.2021	David Arachamija, der Fraktionsführer der Regierungspartei »Diener des Volkes«, teilt mit, dass der ukrainische Turbinenhersteller Motor Sitsch verstaatlicht werden soll. Dazu werde in den kommenden Tag ein entsprechender Gesetzentwurf eingereicht. 2017 wurden Teile von Motor Sitsch von einer chinesischen Firma aufgekauft. Nach Kritik in der Ukraine selbst, aber auch aus den USA, frior ein ukrainisches Gericht aus Gründen der nationalen Sicherheit den Kauf ein; seither sorgt die Situation um Motor Sitsch zwischen der Ukraine, den USA und China für Spannungen.
05.03.2021	Russland verlängert die 2014 verhängte Einreisesperre gegen den langjährigen Anführer der Krimtataren, Mustafa Dschemilew, um weitere 13 Jahre. Damit darf Dschemilew nicht vor 2034 in seine Heimat, die von Russland annektierte Krim, einreisen.
05.03.2021	Außenminister Dmytro Kuleba teilt mit, dass die Ukraine aktuell an Plänen arbeite, die doppelte Staatsbürgerschaft mit EU-Staaten zuzulassen. Eine doppelte Staatsbürgerschaft mit Russland sei nicht geplant, weil Russland ein »Aggressorstaat« sei, so Kuleba. Über den Zeitpunkt der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ist nichts bekannt. Hochrangigen Staatsbediensteten und Managern wichtiger Staatsbetriebe soll die doppelte Staatsbürgerschaft verboten werden, um Missbrauch vorzubeugen.
05.03.2021	Das US-Außenministerium verhängt gegen den ukrainischen Oligarchen Ihor Kolomojskyj und seine Familie eine Einreisesperre in die USA wegen der »Beteiligung an Korruption in besonders schwerem Ausmaß«. Dazu heißt es im Statement des US-Außenministers: »In seiner offiziellen Funktion als Gouverneur des ukrainischen Gebiets Dnipropetrowsk von 2014 bis 2015 war Kolomojskyj an korrupten Handlungen beteiligt, die die Rechtsstaatlichkeit und das Vertrauen der ukrainischen Öffentlichkeit in die demokratischen Institutionen und öffentlichen Prozesse ihrer Regierung untergraben haben, einschließlich der Nutzung seines politischen Einflusses und seiner offiziellen Macht zu seinem persönlichen Vorteil. (...) Ich möchte auch meine Besorgnis über Kolomojskyjs gegenwärtige und andauernde Bemühungen zum Ausdruck bringen, die demokratischen Prozesse und Institutionen der Ukraine zu untergraben.«
08.03.2021	Laut neuen Zahlen der Nationalbank der Ukraine wird die ukrainische IT-Wirtschaft immer wichtiger für die Exporte: Im vergangenen Jahr nahm das Volumen der IT-Exporte um 20 Prozent auf rund 5 Mrd. US-Dollar zu. Damit machen IT-Dienstleistungen 8,3 Prozent der Gesamtexporte aus, was in der Exportstruktur Platz 4 hinter Nahrungsmitteln, Metallen und Arbeitsmigranten bedeutet. 2013 lag der Anteil der IT an den ukrainischen Gesamtexporten noch bei 1,3 Prozent.
08.03.2021	In mehreren ukrainischen Großstädten finden anlässlich des Internationalen Frauentags Demonstrationen statt. In Kyjiw fordern mehr als 4.000 Menschen mehr Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit. Außerdem wird die Ratifizierung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von (häuslicher) Gewalt gegen Frauen gefordert, die die Ukraine 2011 unterzeichnete. In Odesa kommt es zu Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Gegendemonstranten, von denen einige festgenommen werden.
09.03.2021	Die ukrainischen Richter stimmen über vier neue Mitglieder im obersten Richterrat, der Justizaufsicht des Landes ab. Vor dem Gebäude, in dem die Abstimmung stattfinden, finden Proteste von Antikorruptionsorganisationen statt. Auch international gibt es Kritik und Forderungen nach einer Verschiebung wegen Bedenken über die Transparenz des Auswahlverfahrens. Die Abstimmung könnte die Auszahlung neuer Kredittranchen des Internationalen Währungsfonds im Rahmen eines 5-Milliarden-Dollar-Pakets verzögern.

09.03.2021	Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) lädt den pro-russischen Oligarchen und Politiker Wiktor Medwedschuk, gegen den in den letzten Wochen wegen »Finanzierung von Terrorismus« bereits Sanktionen verhängt und dessen TV-Sender geschlossen wurden, zu einer Befragung vor. Gegenstand der Befragung seien die sog. Medwedschuk-Surkow-Tapes, eine Reihe von geleakten Gesprächsaufzeichnungen zwischen Medwedschuk und Wladislaw Surkow, dem ehemaligen Berater des russischen Präsidenten für die Ukraine, so ein SBU-Sprecher.
09.03.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert ein neues Treffen im sog. Normandie-Format (Ukraine, Russland, Frankreich, Deutschland) in den kommenden Monaten und werde, falls dieses nicht zustande komme, sich alternativ um bilaterale Gespräche auf höchster Ebene bemühen, um den Krieg im Donbas zu beenden.
09.03.2021	Das Staatliche Statistikamt gibt bekannt, dass die Inflation im Februar auf 7,5 Prozent gestiegen sei. Einer der Hauptursachen für die wachsende Inflation sind die deutlich gestiegenen Energiepreise.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>